

Bürger sollen in Bezirken selbst entscheiden dürfen

Koalition will Bürgerentscheide und Wahlrecht ab 16 - Opposition grundsätzlich dafür

Von Joachim Fahrhun

Nach langer Diskussion wollen SPD und PDS den Bürgern nun auf der Bezirksebene mehr Mitbestimmung ermöglichen und das Wahlalter senken. PDS-Landes- und Fraktionschef Stefan Liebich sagte, bis zur Sommerpause wolle sich die Koalition auch mit der Opposition über die Einführung von bezirklichen Bürgerentscheiden und Wahlrecht ab 16 für die Bezirksverordneten-Versammlungen (BVV) verständigen. Dafür muss mit Hilfe der Opposition die Berliner Verfassung geändert werden.

Die Bürger sollen nach dem Willen der Koalition künftig über bezirkliche Angelegenheiten wie Bebauungspläne, Radwegenetze, Schulstandorte, Parkzonen oder Grillverbote in Grünanlagen selbst entscheiden können. Jeder darf ein Bürgerbegehren einleiten. Drei Prozent der Wahlberechtigten müssen das Anliegen mit ihrer Unterschrift unterstützen. Bei einem Erfolg muss die BVV über das Thema entscheiden. Lehnt sie den Bürgerwillen ab, kommt es im Bürgerentscheid zur Volksabstimmung. Wenn sich zehn Prozent der Wahlberechtigten beteiligen, reicht die einfache Mehrheit.

Die Fraktionen von SPD und PDS haben nach ihrem ersten Vorstoß im Herbst 2002 Anregungen der Bürgerinitiative "Mehr Demokratie" aufgenommen, sich mit skeptischen Bezirkspolitikern verständigt und jetzt den Kompromiss vorgelegt. Die SPD zierte sich, die Hürden für die direkte Bürokratie auf Bezirksebene zu weit abzusenken. "Wir sind zögerlicher, weil wir die Rechte der gewählten Bezirksverordneten-Versammlungen nicht noch schmälern wollen", sagte der SPD-Rechtspolitiker **Bernd Schimmler**. Mit Teilnahmequoren wolle die SPD eine gewisse Repräsentativität von Bürgerentscheiden sichern. Die PDS hingegen ist radikaler. "Es sollen die entscheiden, die zu solch einem Bürgerentscheid hingehen", erklärt der PDS-Abgeordnete Peter-Rudolf Zotl die Zielsetzung.

Für die verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit benötigen SPD und PDS im Parlament Stimmen von CDU, FDP und Grünen. Grundsätzlich sind alle politischen Kräfte dafür, den Bürgern durch plebiszitäre Elemente auf der Bezirksebene mehr Mitwirkungsrechte einzuräumen. Umstritten sind jedoch noch die Höhe der Quoren und auch die Themen, bei denen den Bürgern die Mitbestimmung verwehrt werden soll. Das gilt insbesondere bei Bauvorhaben, für die ohnehin eine Bürgerbeteiligung vorgeschrieben ist. Die FDP dringt darauf, die Bürger über alle Themen entscheiden zu lassen.

Dass bezirkliche Bürgerentscheide angenommen werden, zeigt das Beispiel Hamburg. Dort haben seit 1998 mehr als 40 Mal die Hanseaten über ihre Belange abgestimmt.

MP24042004